

Forschung | Innovation | Technologie

AKTUELL

Ausgabe 01 | 2023 - März 2023

Erscheinungsdatum: 30. März 2023

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns, Ihnen wieder unseren Info-Letter "Forschung | Innovation | Technologie" zusenden zu können, den wir aufgrund einer Cyber-Attacke vorübergehend einstellen mussten.

Mit unserem Infoletter "Forschung | Innovation | Technologie AKTUELL" aus dem IHK-Geschäftsbereich Innovation | Umwelt erfahren Sie Neues und Wissenswertes aus den Bereichen Forschung, Innovation und Technologie. Wir haben für Sie ausgewählte Nachrichten aus der Metropolregion Nürnberg, Bayern, Deutschland und der Europäischen Union und darüber hinaus zusammengestellt. Zudem informieren wir Sie über Veranstaltungen unseres Geschäftsbereiches.

Wissenswertes aus der Metropolregion Nürnberg



Uniklinikum Erlangen unter Top-100-Kliniken weltweit – 2023 noch um fünf Plätze verbessert

In den vergangenen drei Pandemie Jahren mussten sich Krankenhäuser und deren Personal permanent und schnell an immer wieder neue Umstände anpassen und zahllose Herausforderungen meistern. Das Uniklinikum Erlangen bewies dabei Konstanz: Auch 2023 gehört es weiter zu den Top-100-Kliniken weltweit. Dabei hat sich das Uniklinikum Erlangen in diesem Jahr, verglichen mit 2022, sogar noch um fünf Plätze verbessert (von Rang 99 auf Rang 94). Das geht aus dem fünften globalen Ranking „World’s Best Hospitals 2023“ des US-amerikanischen Nachrichtenmagazins „Newsweek“ und des Statistikportals „Statista“ hervor.

Aus 2.300 Kliniken in 28 Staaten, die jeweils zu den 250 Top-Kliniken des jeweiligen Landes gehören, wurden die weltweit besten Krankenhäuser ausgewählt. Insgesamt haben es drei bayerische Kliniken (Uniklinikum Erlangen auf Platz 94, LMU Klinikum auf Platz 31, Klinikum rechts der Isar der Technischen Universität München auf Platz 20) sowie neun weitere deutsche Kliniken in die Top 100 der „World’s Best Hospitals 2023“ geschafft. Den ersten Platz auf internationaler Ebene belegte erneut die Mayo Clinic in Rochester, USA; auf nationaler Ebene die Charité – Universitätsmedizin Berlin.

In die Bewertung fließen jedes Jahr sowohl Empfehlungen medizinischer Expertinnen und Experten sowie Umfragen zur Patientenzufriedenheit ein als auch Leistungskennzahlen zur Patientensicherheit, zu Hygienemaßnahmen und zur Behandlungsqualität. Im

diesjährigen Ranking wurde erstmals auch berücksichtigt, inwieweit PROMs (Patient-Reported Outcome Measures) in den Kliniken implementiert sind. PROMs erlauben es, das subjektiv erlebte Wohlbefinden und die Lebensqualität im Verlauf einer Behandlung mess- und vergleichbar zu machen. Damit legen sie den Fokus noch stärker auf Patientinnen und Patienten und tragen so zu einer Qualitätssteigerung bei.

Quelle: FAU

Links

[vollständiges Ranking](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Erweiterung FAU: Freistaat kauft Teilfläche in Erlangen

Gute Nachrichten für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg (FAU): Der Freistaat beabsichtigt im Süden Erlangens den Kauf einer Teilfläche von rund 105.000 Quadratmetern des Siemens Campus (Modul 7).

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann freut sich über die Entscheidung des Kabinetts: „Die Erweiterung bietet kräftige Entwicklungsperspektiven zum weiteren Ausbau

des Hightech-Standorts. Davon kann die Technische Fakultät der FAU erheblich profitieren, auch in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen.“ Laut Herrmann zeigt sich einmal mehr das klare Bekenntnis des Freistaats zur FAU als Top-Universität, zum weiteren Ausbau und zu ihrer Modernisierung. „Das stärkt nicht nur die gesamte Region, sondern insgesamt den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bayern“, erklärte Herrmann. Damit würden Flächenreserven für die nächsten Jahrzehnte geschaffen. Der Erwerb von Modul 7 des Siemens Campus ermöglicht nach Herrmanns Worten eine Zusammenführung und Neuordnung der Technischen Fakultät. Durch einen zusammenhängenden Campus im Erlanger Süden, auch in direkter Nähe zur Naturwissenschaftlichen Fakultät, könne die interdisziplinäre Arbeit und Kooperation zwischen den Ingenieurwissenschaften und der Informatik der FAU weiter vertieft werden. Das Ankaufsgrundstück schließt sich direkt an den neuen Erlanger Siemens-Hauptstandort an und bildet die Brücke zum bestehenden FAU-Südgelände. Es ist auch ein Anschluss an die geplante Stadt-Umland-Bahn vorgesehen, um eine deutlich schnellere ÖPNV-Verbindung zwischen den großen Universitätsstandorten in Erlangen und Nürnberg anzubieten. Voraussetzung für den Grundstückskauf ist die noch ausstehende Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.

Quelle: Bayerische Staatskanzlei, aus Pressemeldung Nr.: 37, 07.02.2023

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Nürnberger Bionicum ist jetzt Museum der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns

Mit Start in das neue Jahr wird das Nürnberger Bionicum das fünfte Regionalmuseum der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns (SNSB). Die SNSB erweitern so ihr Museumsangebot in München, Eichstätt, Nördlingen, Bamberg sowie Bayreuth um einen weiteren Standort.

„Wir freuen uns sehr über unseren Neuzugang. Das Museum mit seinem Standort im Tiergarten Nürnberg ist ein echter Gewinn für unser Naturkunde Netz Bayern zur Förderung von naturkundlicher Forschung und Bildung in der bayerischen Region. Wir freuen uns auf spannende Gemeinschaftsprojekte zusammen mit den anderen Museen. Ich bin überzeugt, dass wir die Ausstellungen des Bionicum mit unseren Sammlungsobjekten sowie Forschungsthemen bereichern können“, freut sich Prof. Dr. Joris Peters, Generaldirektor der SNSB.

Hintergrund des Neuzugangs bei den SNSB ist der formale Umzug des Bionicum Nürnberg vom Bayerischen Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz an das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Als interaktives Museum zum Thema Bionik wurde das Bionicum 2014 eröffnet. Das Bionicum ist der erste außerschulische Lernort zur Bionik in Bayern und befindet sich im Obergeschoss des Naturkundehauses im Tiergarten Nürnberg.

„Das Bionicum ergänzt die SNSB gleich auf mehreren Ebenen: zum einen spannt es thematisch einen Bogen von der Natur hin zu technischen Innovationen. Zum anderen arbeitet bei uns ein interdisziplinäres Team aus den Fachrichtungen Biologie, Geologie, Sozial- und Kulturwissenschaft, Pädagogik sowie Maschinenbau. Unser Museum und unsere Besucher:innen wiederum können in jeder Hinsicht von der neu gewonnenen Nähe zu den großen naturhistorischen Sammlungen sowie der Infrastruktur der SNSB profitieren“, so Dr. Eva Gebauer, Leiterin des Bionicum Nürnberg.

Das Bionicum

Was können wir Menschen von der Natur lernen und weshalb ist das so wichtig für die Zukunft unseres blauen Planeten? In der 400 m² großen interaktiven Ausstellung „Ideenreich Natur“ erhalten Kinder und Erwachsene Antworten auf diese Fragen. Das Museum bietet Informationen zu zukunftsrelevanten Themen wie Natur- und Artenschutz, biologischer Vielfalt sowie nachhaltiger Ressourcennutzung, kreativen Innovationen und Techniken der Zukunft. Neben spannenden Hintergrundinformationen können Besucher:innen auch anhand von Originallexponaten und Mitmachexperimenten in die Welt der Bionik eintauchen. Und nicht zuletzt führt ein Bionischer Rundgang durch den Tiergarten, auf dem die biologischen Vorbilder direkt an den Tiergehegen bestaunt werden können.

Die Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken wirkt aktiv im Netzwerk des Bionicums mit. Das Bionicum war bereits Austragungsort von IHK-Ausschüssen und

Veranstaltungen. Das Bioicum ist Mitglied im Technologie- und Innovationsnetzwerk Mittelfranken (kurz: "tim"), das seit den 90er Jahren federführend von der IHK Nürnberg betrieben wird.

Quelle: SNSB (Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](mailto:elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](mailto:Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

FAU-Studie: Jobkiller Digitalisierung und Elektromobilität?

FAU-Studie zeigt: Beschäftigte in der Autobranche sorgen sich weniger als bisher gedacht. Digitalisierung und Elektromobilität sorgen für einen grundlegenden Wandel im Automobilbereich. Während die gängigen Erzählungen Arbeitnehmer/-innen oft Defizite und Ängstlichkeit angesichts der anstehenden Umbrüche unterstellen, kommt eine Studie unter Leitung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) zu einem bemerkenswert anderen Ergebnis. Sie beleuchtet anhand der Volkswagen AG, wie sich die Transformationsprozesse für die Beschäftigten darstellen und schließt damit eine Forschungslücke.

In der breit angelegten empirischen Studie mit dem Titel „Arbeit und Qualifizierung 2030“ kommt das Forschungsteam um Prof. Dr. Sabine Pfeiffer, Inhaberin des FAU-Lehrstuhls für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik – Arbeit – Gesellschaft, zu einem überraschenden Ergebnis: „Die Kernbotschaften unserer Studie sind eindeutig: Bei den Beschäftigten besteht eine hohe Bereitschaft zu Weiterbildung und persönlicher Veränderung, sie haben im Transformationsprozess einen ausgeprägten Gestaltungswillen sowie ein grundsätzliches Vertrauen in sich und das Unternehmen“, erklärt die Wissenschaftlerin. „Dagegen ist das Vertrauen in die Politik in puncto Arbeitsplatzsicherheit und Weiterbildungsperspektiven deutlich angeschlagener.“

Studie nimmt Ressourcen der Beschäftigten in den Blick

Ein zweiter zentraler Fokus der Studie, die auf Initiative des Volkswagen Nachhaltigkeitsbeirates entstanden ist, liegt auf den Ressourcen der Beschäftigten, die ihnen zur Verfügung stehen, um für den Umbruch gewappnet zu sein. Auch hier setzt die Untersuchung mit einem anderen Blick an. Statt ein Defizit immer schon zu unterstellen, konzentriert sich das Forschungsteam auf übersehene, unterschätzte und im Transformationsprozess erst entstehende Ressourcen, die in diesem auch gezielt fruchtbar gemacht werden können.

„Entgegen der üblichen Sichtweise in der Forschung wollten wir den Fokus nicht darauflegen, was Transformation für die ferne Zukunft des Arbeitsmarktes bedeutet“, betont Prof. Dr. Sabine Pfeiffer. „Uns ging es vielmehr darum, klarzumachen, wieviel Aufwand überhaupt nötig ist, damit der Wandel überhaupt ins Laufen kommt. Wir können zeigen, dass ein Großteil der Transformation bei den normalen Beschäftigten ankommt und von ihnen gestaltet wird.“

Schmerzhafte Einschnitte, gestaltbare Normalität und Vertrauen in die Zukunft

Die Studie, an der an der FAU auch Prof. Dr. Karl Wilbers, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung beteiligt war, eröffnet damit einen Einblick in die – möglicherweise unterschätzten – Potenziale, die im Unternehmen vorhanden sind und für einen erfolgreichen Wandel systematischer entfaltet werden können. So wird die Digitalisierung von den Beschäftigten nicht per se als „Jobkiller“ gesehen, vielmehr finden sich sogar erhoffte und willkommene Entlastungserwartungen, die sich an die Digitalisierung richten. Zugleich wird der Wechsel in eine technisch veränderte Welt nicht grundsätzlich als die große Zäsur empfunden, sondern als gewissermaßen bekannte Normalität. Die Studie klammert aber auch nicht aus, an welchen Stellen die Transformation schmerzliche Einschnitte bedeuten kann – wenn bisherige Expertise beispielsweise plötzlich entwertet, da nicht mehr gebraucht wird.

„Vertrauen und positive Zukunftssichten sind in dynamischen Transformationszeiten alles andere als Selbstläufer, sondern müssen immer wieder neu über Prozesse in der Organisation erarbeitet werden“, unterstreicht Prof. Dr. Sabine Pfeiffer. Wichtigste Barrieren für den Beginn längerer Weiterbildungsmaßnahmen finden sich laut Studie sehr stark auch im lebensweltlichen Bereich, Stichwort Familie, und durch die Erfahrung, dass die bereits gemachte eigene Weiterbildung oder die anderer sich nicht „rechnete“, also nicht mit einer inhaltlich adäquaten Stelle belohnt wurde.

Über die Studie

Das für diese Studie erhobene empirische Material gibt einen einmaligen Einblick in den Maschinenraum der Transformation bei Volkswagen. Fast 200 Beschäftigte, Führungskräfte, Expert/-innen und Interessenvertreter/-innen kamen in über 100 qualitativen Interviews und zahlreichen Workshops zu Wort. Mehr als 3.520 Beschäftigte gaben über eine quantitative Befragung Auskunft. Ergänzt wurde der einmalige quantitative und qualitative Datensatz um eine Online-Erhebung mit über 600 Beschäftigten der Automobilbranche außerhalb von Volkswagen sowie einer Branchenanalyse. Neben der FAU waren beteiligt: Georg-August-Universität Göttingen, FernUni Hagen, Leibniz Universität Hannover, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF München), Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Die Automobilindustrie – als Schlüsselsektor der deutschen Volkswirtschaft – ist deshalb von besonderem Interesse, weil die digitale und die ökologische Transformation diese gleichzeitig und massiver als andere Bereiche trifft. Während die quantitativen Auswirkungen von Digitalisierung und Elektromobilität auf Beschäftigung und Qualifikation in der Automobilindustrie mittlerweile recht gut erforscht sind, ist bislang weniger gut beleuchtet, wie sich die Transformationsprozesse qualitativ in den Beschäftigungsverhältnissen aktuell darstellen.

Die Studie „Arbeit und Qualifizierung 2030“ adressiert diese Forschungslücke umfassend im Hinblick auf das Transformationserleben, die Transformationsressourcen und die

Transformationsbereitschaft der Beschäftigten. Neben einem reichhaltigen Fundus an arbeitssoziologischen Erkenntnissen gibt sie zudem Handlungsempfehlungen zu strukturellen und organisationalen Erfordernissen für ein Gelingen des Transformationsprozesses aus arbeitssoziologischer Perspektive.

Quelle: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Ansprechpartner/in

[Dipl.-Pol. Univ. Christian Seitz](#) (Tel: +49 911 1335 1213, christian.seitz@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Ronald Künneth](#) (Tel: +49 911 1335 1297, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de)

FAU-Forschungszentrum Neue Wirkstoffe (FAU NeW) nimmt Arbeit auf

Die Entwicklung neuer Wirkstoffe gelingt nicht ohne die enge Zusammenarbeit verschiedener Forschungsdisziplinen. Um zukünftig diesen Weg noch effizienter zu verfolgen, hat die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) das neue Forschungszentrum „Neue Wirkstoffe“ (FAU NeW) eingerichtet. In diesem Zentrum vernetzen interdisziplinär ausgerichtete, international erfolgreiche Forschungsteams aus den Bereichen der pharmazeutischen Wissenschaften, der Lebensmittelchemie und der Pharmakologie der FAU sowie Einrichtungen des Uniklinikums Erlangen ihre Forschungsaktivitäten in einzigartiger Weise.

Im FAU NeW wird das gesamte pharmazeutisch-medizinische Forschungsfeld abgedeckt – angefangen von der Wirkstoffentwicklung und -optimierung über die Bioanalytik bis hin zur Entwicklung von Anwendungsformen und Untersuchungen in klinischen Krankheitsmodellen. Eine solche Zusammenarbeit der Forschungsdisziplinen fördert zudem die Entdeckung und Entwicklung neuartiger Wirkprinzipien und pharmazeutischer Therapiekonzepte.

„In der deutschen Forschungslandschaft ist FAU NeW damit einzigartig. Andere Forschungsstandorte konzentrieren sich entweder auf ausgewählte Teilaspekte der Arzneimittelforschung oder spezielle Aspekte wie die Arzneimittelsicherheit. Bei uns arbeiten Forschungsgruppen aus verschiedenen Departments und Fakultäten der FAU und des Uniklinikums interdisziplinär zusammen, die eine langjährige und ausgewiesene Expertise auf dem Gebiet der Wirkstoffentwicklung haben“, sagt Prof. Dr. Monika Pischetsrieder, Henriette-Schmidt-Burkardt-Lehrstuhl für Lebensmittelchemie. Zu den Schwerpunktthemen des neuen Forschungszentrums zählen die Identifizierung, Entwicklung und Optimierung von Wirkstoffen und ihrer Anwendung.

Andockstellen von Wirkstoffen an Zellen

Ein Schwerpunktthema von FAU NeW ist das Erkennen von Target-Wirkstoff-Wechselwirkungen, die für die Entwicklung neuer Medikamente wichtig sind. Am Lehrstuhl für Pharmazeutische Chemie werden hochspezifische Wirkstoffe gezielt designet und ihre Wirkungen auf Targetproteine hin untersucht, um etwa neuartige schmerzwirksame Wirkstoffe zu entwickeln. „Wir wollen therapeutische Wirkungen auf atomarer Ebene verstehen, um so gezielt die Medikamente von morgen zu erforschen“, erklärt Prof. Dr. Peter Gmeiner, Lehrstuhl für Pharmazeutische Chemie.

Zielgerichtete Transportsysteme für neue Wirkstoffe

Allerdings weisen viele dieser Wirkstoffe eine geringe Löslichkeit, unzureichende Stabilität und damit geringe Verfügbarkeit im Körper auf oder können Körperbarrieren nicht passieren. Durch die Entwicklung innovativer Formulierungen zur einfachen Verabreichung können Wirkstoffe zielgerichtet an den Ort ihrer Bestimmung gesteuert werden und exakt dort zur richtigen Zeit in der gewünschten Dosis abgeliefert werden, wo sie gebraucht werden. Pharmazeutische Technologie und Biologie schließen diese Lücke mit Trägersystemen aus Polymeren, Lipiden und biogenen, von der Natur abgeleiteten Materialien unter Verwendung von nachhaltigen und industriell relevanten Konzepten.

Auch Lebensmittelinhaltsstoffe sind Wirkstoffe

Nicht nur Arzneistoffe, auch Lebensmittelinhaltsstoffe stellen wichtige Wirkstoffe dar, die im Körper mit Targetproteinen wechselwirken und dadurch vielfältige gesundheitsfördernde Wirkungen erzielen. In FAU NeW werden die molekularen Fingerabdrücke von Lebensmitteln erforscht, um neue Mechanismen zu entdecken, wie diese in physiologische Prozesse eingreifen.

„FAU NeW leistet damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Grundlagenforschung, sondern steigert auch die Attraktivität für industrielle Partner“, betont Prof. Dr. Dagmar Fischer, Lehrstuhl für Pharmazeutische Technologie und Biopharmazie. Für eine erfolgreiche, international sichtbare wissenschaftliche Forschung an der FAU in diesem interdisziplinären Zukunftsfeld ermöglicht der Zusammenschluss die Bildung einer kritischen Masse. Beteiligt an FAU NeW sind derzeit die Lehrstühle für Pharmazeutische Technologie und Biopharmazie, für Pharmazeutische Chemie, für Lebensmittelchemie, für Pharmazeutische Biologie, für Pharmakologie und Toxikologie, für Klinische Pharmakologie und Klinische Toxikologie, für Aroma- und Geruchsforschung und für Klinische Nuklearmedizin sowie die Professur für Bioinformatik und die Apotheke des Uniklinikums Erlangen.

Auch Studierende und der wissenschaftliche Nachwuchs profitieren davon: Die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit der interdisziplinären Lehre ermöglicht für Studierende sowie Doktorandinnen und Doktoranden eine Ausbildung mit ganzheitlichem Blick auf moderne Arzneimittelentwicklung und damit einen wissenschaftlichen Wettbewerbsvorteil für ihre zukünftige Tätigkeit in Industrie und Hochschule.

Durch die Einrichtung eines Gerätezentrums Massenspektrometrie/Formulierung werden sich für FAU NeW vielfältige Anknüpfungspunkte an viele Bereiche der Lebenswissenschaften ergeben. Dadurch werden vor allem auch klinische Projekte unterstützt, damit wissenschaftliche Erkenntnisse auch bei den Patientinnen und Patienten ankommen.

Quelle: FAU uni | mediendienst | aktuell Nr. 30/2023 vom 21.03.2023

Ansprechpartner/in

Dr. rer. nat. Elfriede Eberl (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Dr.-Ing. Robert Schmidt (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Technische Universität Nürnberg holt renommierte Wissenshistorikerin als zweiten Gründungs-Chair nach Franken

Prof. Dr. Gyburg Uhlmann hat den Ruf auf die Professur für Klassische Philologie an der Technischen Universität Nürnberg (UTN) angenommen. Ab 1. April wird sie als Gründungs-Chair das Department Liberal Arts and Sciences an der neugegründeten Universität aufbauen. Zuletzt war sie Professorin an der Freien Universität Berlin.

„Hochkarätiger Zuwachs für die TU Nürnberg: Jüngste Leibniz-Preisträgerin, wherausragende Expertin für Digital Humanities, erfahrene Hochschulpolitikerin – Prof. Dr. Gyburg Uhlmann ist ein Gewinn für die TU Nürnberg und den gesamten Wissenschaftsstandort Bayern. Ihre Berufung zeigt: Die Besten kommen nach Bayern. Unsere ‚Universität der Zukunft‘ in Nürnberg hat mit ihrem konsequent interdisziplinären Ansatz und einzigartigem Konzept schon heute internationale Anziehungskraft. Herzlich willkommen im Freistaat, Prof. Dr. Gyburg Uhlmann“, begrüßt Markus Blume, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, die Wissenschaftlerin in Bayern. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Jürgen Prömel, Gründungspräsident der Technischen Universität Nürnberg, ergänzt: „Wir freuen uns, mit Prof. Dr. Gyburg Uhlmann eine ausgezeichnete Besetzung bekannt zu geben. Sie verfügt mit ihren Forschungsschwerpunkten und ihren Erfahrungen in der Hochschulpolitik über die bestmöglichen Voraussetzungen, um das Department Liberal Arts and Sciences an der TU Nürnberg aufzubauen. Es ist ein großer Erfolg, nach Prof. Dr. Wolfram Burgard eine zweite Gottfried Wilhelm Leibniz-Preisträgerin für unsere Universität gewonnen zu haben.“

Gründungs-Chair des Departments Liberal Arts and Sciences: Prof. Dr. Gyburg Uhlmann

Gyburg Uhlmann, Jahrgang 1975, war zuletzt Professorin für Klassische Philologie mit dem Schwerpunkt Gräzistik an der Freien Universität Berlin. Seit 2012 war sie Sprecherin des Sonderforschungsbereichs „Episteme in Bewegung“. Außerdem leitete sie das Aristotelismus-Zentrum Berlin und war Mitglied des Exzellenzclusters „Temporal Communities“. Zuvor forschte sie an der Harvard-University sowie an den Universitäten Marburg und Heidelberg. 2006 erhielt sie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als jüngste Preisträgerin den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis, den bedeutendsten Forschungspreis in der Bundesrepublik. Die Schwerpunkte von Prof. Uhlmann liegen in der antiken Philosophie und Rhetorik sowie in der antiken und spätantiken Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte, die sie auch mit den Methoden der Digitalen Geisteswissenschaften untersucht. Dabei versteht sie ihre historischen Forschungen als Dialog mit der Gegenwart und als Beitrag zu heute aktuellen systematischen Fragen. In ihrem Buch „Rhetorik und Wahrheit. Ein prekäres Verhältnis von Sokrates bis Trump“ analysiert sie beispielsweise aktuelle Phänomene wie Fake News und populistische Propaganda und bringt antike Rhetoriktheorien als Analyseinstrumente ins Gespräch.

„Die Geisteswissenschaften können und sollten beim Übergang in eine nachhaltigere und gerechtere Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Sie können die eintretenden und

notwendigen Veränderungen historisch analysieren, zielgruppenorientiert kommunizieren und Entscheidungsprozesse unterstützen. Sie sind gemeinsam mit den Sozialwissenschaften, aber auch den Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Mathematik und der Informatik für die Entwicklung und Vermittlung neuer Technologien entscheidend. Dieser Prozess kann nur gelingen, wenn wir alle historischen und gegenwärtigen Wissensressourcen nutzen. Das Konzept der TU Nürnberg bietet die einmalige Chance, Universität und wissenschaftliche Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg neu zu denken und in Forschung, Lehre und Transfer für die Gestaltung dieses Wandels neue Wege zu gehen. Ich freue mich sehr auf diese spannende Aufgabe und das hervorragend aufgestellte Team der TU Nürnberg“, betont Prof. Dr. Gyburg Uhlmann.

Departments statt Fakultäten

Im Gegensatz zu anderen Universitäten wird es an der UTN keine klassischen Fakultäten und keine klaren Fächergrenzen geben. Kerngedanke ist eine interdisziplinäre Struktur, die es ermöglicht, fächer- und themenübergreifend zu forschen und zu studieren. Aus diesem Grund werden, nach internationalem Vorbild, Departments eingeführt. Das Department Engineering unter der Leitung von Gründungs-Chair Prof. Dr. Wolfram Burgard bündelt alle technikwissenschaftlichen Disziplinen. Das zweite Department Liberal Arts and Sciences umfasst Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik.

Quelle: Technische Universität Nürnberg, Medieninformation 22.03.2023

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](mailto:Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)
[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](mailto:elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Einladung zum Forschungs- und InnovationsTag an der Hochschule Ansbach

Die Hochschule Ansbach lädt Sie recht herzlich zum 1. Forschungs- und InnovationsTag (FIT 2023) am Donnerstag, den 27. April 2023, 15:30 – 18:30 Uhr ein. Im Anschluss findet ein Get-together in unserem Gebäude 70 am Hauptcampus statt.

Zielgruppe unseres FIT 2023 sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Managerinnen und Manager sowie Fachkräfte aus mittelständischen und familiengeführten Unternehmen der Region.

Mit dem FIT 2023 wollen wir ...

- Ihnen Kooperationsmöglichkeiten und Good-Practice-Projekte vorstellen
- zu neuen Forschungs- & Entwicklungsprojekten zwischen Wirtschaft und Hochschule motivieren
- Innovationen insbesondere in Westmittelfranken initiieren
- eine neue Plattform schaffen, damit Sie sich mit dem Hochschul-Team, Expertinnen und Experten sowie Anwenderinnen und Anwendern aus der Region über Fachdisziplinen hinweg austauschen können

Unser Programm ist zukunftsorientiert, straff und kurzweilig, denn ...

- nach kurzen Grußworten werden Kurzvorträge (10 – 12 Minuten) u. a. zu den Mega-Trends „Nachhaltigkeit“ und „Digitalisierung“ beleuchtet

Die Teilnahme am FIT 2023 ist kostenlos! Ab 18:30 Uhr laden wir zum Ausklang mit einem gemütlichen Get-together bei Imbiss und Getränken ein.

Quelle: Hochschule Ansbach

Links

[Das Programm, ein Anmeldeformular sowie eine Anfahrtsskizze finden Sie nachfolgend.](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

FAU-Projekt „Elektrisch relevante Oberflächenrauheit – RELEVANT“ durch BFS gefördert

Das Projekt „Elektrisch relevante Oberflächenrauheit – RELEVANT“ wird mit rund 872.000 Euro gefördert. Die Projektleitung hat der Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg inne.

Zukünftige Anwendungen verschiedenster Branchen, wie z. B. der Luft- und Raumfahrt, der Sicherheits- und Ortungstechnik sowie der Kommunikationselektronik, haben einen stetigen Bedarf an höherer Auflösung oder höheren Datenraten. Dieser führt wiederum zu steigenden Anwendungsfrequenzen. Das Projekt „RELEVANT“ wird hier seinen Beitrag leisten und adressiert die Herstellung entsprechender Hochfrequenz (HF)-Komponenten und die dazugehörigen Entwurfswerkzeuge. Es werden Fräs- und Erodierverfahren in Kombination mit der Laserablation sowie additive Herstellungsverfahren evaluiert. Dabei stehen einerseits die Optimierung der Herstellungsstrategien und andererseits die parallele Ertüchtigung der Simulationsmodelle im Fokus. Die feldtheoretische Modellierung der verfahrensspezifischen Oberflächenprofile führt zu einem grundlegenden Verständnis der Zusammenhänge zwischen Fertigungsparametern und späterer elektrischer Leistungsfähigkeit in Frequenzbereichen bis 1,1 THz, die weit über den Stand der Technik hinausgehen. Dies schafft neue Möglichkeiten zur systematischen Optimierung der eingesetzten Herstellungsverfahren und Grundlagen für die wirtschaftliche Herstellung von HF-Komponenten.

Projektleitung: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik

Projektpartner: Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG, Teisnach, Kern Microtechnik GmbH, Eschenlohe und Golden Devices GmbH, Erlangen

Quelle: Bayerische Forschungstiftung

Leibniz-Preis für Erlanger Mediziner Georg Schett

Der Erlanger Professor Schett hat den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preisträger 2023 erhalten, den wichtigsten Forschungspreis Deutschlands.

Grund ist seine bahnbrechende Arbeit auf dem Gebiet des Zusammenspiels von Entzündungen und Autoimmunkrankheiten. Zugleich hat er innovative Therapien entwickelt, um auch schwere Formen von Autoimmunkrankheiten zu heilen. Schett erforschte unter anderem die Rolle von Autoantikörpern bei der Bildung knochenabbauender Zellen in der rheumatoiden Arthritis. Er erkannte, dass Erkrankte durch diesen Mechanismus einen systemischen Knochenverlust entwickeln können, der unabhängig von der Entzündung ist. Die von Schett gewonnenen Erkenntnisse über die molekularen Wege der Knochenbildung und des Knochenabbaus sowie der Pathogenese rheumatischer Erkrankungen haben wesentliche Fortschritte beim Verständnis der molekularen Mechanismen und zu Therapien von Entzündungserkrankungen erbracht. Dies hat die Denkweise in diesem Bereich maßgeblich verändert und zu einem molekularbasierten Krankheitsverständnis beigetragen.

Quelle: FAU

Links

[Zum Presseartikel der FAU](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Zukunftswerkstatt Automotive Metropolregion Nürnberg 2023

Die erste Zukunftswerkstatt Automotive Metropolregion Nürnberg fand am 29. März 2023 in Nürnberg statt. Im Fokus standen und stehen die Fragen, welche Herausforderungen der Mobilitätswende zu meistern sind und wie man sich wettbewerbsfähig aufstellt.

Nicht erst das jüngst beschlossene Aus des Verbrennungsmotors bis 2035 in der EU macht deutlich, dass sich die Automobil- und damit auch die Automobilzulieferindustrie in einem fundamentalen Wandel befindet. Mit 100.000 Beschäftigten in einigen Groß- und rund 500 kleinen und mittleren Zulieferbetrieben ist die Automotive-Branche eine Schlüsselindustrie in der Metropolregion Nürnberg.

Unternehmen in den Blick. Ziel ist es, ein regionales Transformationsnetzwerk aufzubauen, das die Unternehmen dabei unterstützt, sich in der Mobilitätswende wettbewerbsfähig aufzustellen: indem neue Geschäftsideen entwickelt werden, der Technologie- und Wissenstransfer in den Bereichen Fahrzeug-Elektrifizierung, Digitalisierung und ressourceneffiziente Produktion gefördert und die Beschäftigung in der Region durch Qualifizierung gesichert wird. Die Zukunftswerkstatt Automotive am 29. März 2023 in Nürnberg ist in diesem Prozess ein wichtiger Baustein. Sie ist nicht nur Branchen- und Netzwerktreffen, sondern teilt erste Ergebnisse der transform_EMN-Teilprojekte mit den AkteurInnen der Transformation aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und bindet diese in den weiteren Projektverlauf ein.

Innovation und Transformation als Kernkompetenz der Metropolregion Nürnberg

Dass der Wandel der Automotive-Industrie längst in der Region angekommen ist und die hiesigen Unternehmen Strategien und innovative Technologien entwickelt haben, um ihm zu begegnen, illustrieren zwei Keynotes im Eröffnungsteil ab 11 Uhr: Prof. Dr.-Ing. Tim Hosenfeldt, Leiter Zentrale Technologie der Schaeffler AG in Herzogenaurach, fragt in seiner Keynote „Netzwerk für innovative Technologien in der Metropolregion: Wie kann die Zukunft gemeinsam nachhaltig gestaltet werden?“. Die Keynote „Transformieren bedeutet Zukunft aktiv gestalten“ von Thomas Regnet, Geschäftsführer der Scherdel Innotec Forschungs- und Entwicklungs-GmbH in Marktredwitz, ergänzt die Perspektive eines mittelständisch geprägten, inhabergeführten Familienunternehmens.

Im Anschluss an die Keynotes aus der unternehmerischen Praxis fokussiert ein Talk mit Johann Kalb, Landrat des Landkreises Bamberg und Ratsvorsitzender der Europäischen Metropolregion Nürnberg, und Richard Reisinger, Landrat des Landkreises Amberg-Sulzbach, wie sich der Wandel der Zulieferindustrie in den betroffenen Regionen bemerkbar macht und welche Strategien die Politik sieht, um den Wandel gemeinsam zu gestalten und gleichzeitig den Standort zu stärken.

Zukunftsfähig in fünf Transformationsfeldern

Ab 13 Uhr präsentieren die Projektpartner von transform_EMN verschiedene Perspektiven auf die Automotive-Transformation in fünf interaktiven Sessions: von der Ausarbeitung einer „Transformationsstrategie für die Metropolregion Nürnberg“ (IHK Nürnberg für Mittelfranken) über „Nachhaltige und digitale Produktion“ (Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung und Produktionssystematik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) bis zur Frage, wie „Gute Arbeit in der Metropolregion“ bei allen Beschäftigungschancen und -risiken der Automotive-Transformation gewährleistet werden kann (IMU Institut GmbH). In der zweiten Session-Phase ab 14:30 Uhr stellt das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie IISB die „Innovationsplattform Fahrzeugelektrifizierung“ vor und Medical Valley EMN e.V. zeigt Möglichkeiten der „Diversifikation für Zulieferer: Chancen in der Medizintechnik“ auf. Anschließend bietet das Get-together im Alten Rathaus Gelegenheit zum Austausch und Netzwerken.

Der Input der Session-TeilnehmerInnen, ihre spezifischen Erfahrungen und Problemstellungen werden im Nachgang zur Zukunftswerkstatt 2023 für die Ausgestaltung weiterer Vernetzungsangebote genutzt. Des Weiteren entwickeln die Projektpartner Angebote zum Wissens- und Technologietransfer, zur Qualifizierung sowie ein regionales Branchenzielbild.

Verantwortet wird das Projekt transform_EMN von der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion Nürnberg und der Wirtschaftsförderung Nürnberg in Zusammenarbeit mit der IHK Nürnberg für Mittelfranken, dem FAU-Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung und Produktionssystematik (FAPS), dem Fraunhofer IISB und der gewerkschaftsnahen IMU Institut GmbH. Gefördert wird das Projekt über drei Jahre vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK).

Die Teilnahme an der Zukunftswerkstatt ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist bis Montag, 20. März möglich. Das Rahmenprogramm der Zukunftswerkstatt und die interaktiven Sessions finden im Nürnberger Rathaus, im Haus der Wirtschaft (IHK) und im Innovationslabor JOSEPHS statt und sind fußläufig erreichbar. Weitere Informationen zu transform_EMN sowie das Programm der Zukunftswerkstatt 2023 finden sich unter www.transform-emn.de.

Stimmen zum Projekt transform_EMN und zur Zukunftswerkstatt Automotive:

„Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind Treiber für die Transformation der Automobilzulieferbranche. Hinzu kommen akute Probleme mit hohen Energiekosten, fragilen Lieferketten und Fachkräftemangel. Mit dem Projekt transform_EMN geben wir Impulse für kleine und mittlere Unternehmen. Wir wollen technologisch weiterhin an der Spitze bleiben, um Wertschöpfung und Beschäftigung in der Metropolregion zu sichern. Die Zukunftswerkstatt Automotive ist das Leitevent, um alle Akteure zusammen zu bringen und für das Projekt zu begeistern.“

Dr. Michael Fraas, Geschäftsführer des Forums Wirtschaft und Infrastruktur der Metropolregion Nürnberg und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg

„Nachdem die Fertigung zunächst auf niedrige Kosten getrimmt, danach die Bedeutung der Qualität erkannt und zuletzt die Flexibilität erhöht wurde, ist zudem die Verbesserung der Nachhaltigkeit ultimative Zielsetzung. Dazu müssen wir die Umweltauswirkung aller Produktionsprozesse über die gesamte Lieferkette transparent machen sowie den Material- und Energieeinsatz minimieren. Die Digitalisierung birgt immenses Potential, die Abläufe in Echtzeit zu überwachen und effizient zu regeln. Transform_EMN unterstützt die Zulieferindustrie der Region auf dem Weg zu einer CO2-freien Produktion.“

Prof. Dr.-Ing. Jörg Franke, Leiter des FAU-Lehrstuhls für Fertigungsautomatisierung und Produktionssystematik (FAPS)

„Die Herausforderungen für die Automobil-Zulieferbranche sind enorm. Zahlreiche Anpassungs- und Innovationsaufgaben sind auch in der EMN zu bewältigen. Als innovationsstarke Region verfügen wir über gute Voraussetzungen, die Chancen in den Zukunftsfeldern zu nutzen. Unsere IHK koordiniert im Projekt die Erarbeitung eines Leitbildes der regionalen Automotive-Branche und bietet den Unternehmen einen Transformations-Kompass, der als ‚Readiness-Check‘ Fortschritte im automobilen Wandel misst und Handlungshilfen ableitet. Im engen Kontakt mit Wirtschaft und Wissenschaft befördern wir die fachliche Vernetzung sowie den Wissens- und Technologietransfer. Ein im Aufbau befindlicher Kompetenz-Atlas will die Akteure in der Region bei Orientierung und Markttransparenz unterstützen.“

Dr. Robert Schmidt, Leiter des Geschäftsbereichs Innovation | Umwelt, IHK Nürnberg für Mittelfranken

„Technologische Weiterentwicklung und Qualifizierung stellen bei der Mobilitätswende gerade für KMU eine große Herausforderung dar. Deshalb schaffen wir die Innovationsplattform Fahrzeugelektrifizierung, welche als offenes Netzwerk Informationen zu aktuellen Technologietrends bietet, den Austausch zwischen Forschung

und Unternehmen anregt und gemeinsame Maßnahmen ableitet. Werden Sie Teil dieses Netzwerks und nutzen Sie die Möglichkeit, die Zukunft aktiv mitzugestalten.“

Prof. Dr. Martin März, Wissenschaftlicher Direktor Leistungselektronische Systeme des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie IISB

„Wir müssen den Wandel mit Beteiligung aus Wissenschaft, Politik, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgebern gemeinsam gestalten und dabei die Beschäftigten mitnehmen. Chancen müssen genutzt und zukunftsfähige Qualifikation gefördert werden, um gute Arbeitsplätze in der Region zu sichern.“

Stephan Doll, Fachlicher Sprecher des Forums Wirtschaft und Infrastruktur, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Region Mittelfranken

Links

[weitere Informationen zu transform_emn](#)

Ansprechpartner/in

[Oliver Fuhrmann](#) (Tel: +49 911 1335 1491, oliver.fuhrmann@nuernberg.ihk.de)

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Wissenswertes aus Bayern



Wissenstransfer zwischen Hochschulen und KMUs: 13,5 Mio Euro Förderung

Das Bayerische Wissenschaftsministerium fördert den Wissenstransfer zwischen Hochschulen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) mit rund 13,5 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+). Wie Wissenschaftsminister Markus Blume bekanntgab, liegen die Förderschwerpunkte auf den Zukunftsfeldern Mobilität, Life Sciences, Energie, Materialien und Werkstoffe sowie Digitalisierung.

Die Fördermittel des Europäischen Sozialfonds Plus bringen Expertise der Hochschulen in die Praxis.

Innovationspotenziale der Hochschulen für Unternehmen zugänglich machen

Das Förderprogramm unterstützt Projekte zum Wissenstransfer und zur Vernetzung zwischen Hochschulen sowie kleinen und mittleren Unternehmen. So werden Innovationspotenziale der Hochschulen für Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugänglich. Zielsetzung ist die Qualifizierung von Beschäftigten in Unternehmen z. B. durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Projektinhalte konzentrieren sich auf die Schwerpunktfelder Mobilität, Life Sciences, Energie, Materialien und Werkstoffe sowie Digitalisierung. Die Projektlaufzeit ist grundsätzlich auf maximal drei Jahre beschränkt. In begründeten Ausnahmefällen kann die Förderung zweimal um jeweils zwei Jahre verlängert werden.

Für die Förderung bewerben können sich alle bayerischen staatlichen und kirchlichen Hochschulen.

Links

[Details zu den Fördervoraussetzungen des ESF+ Bayern](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

[Dipl.-Pol. Univ. Christian Seitz](#) (Tel: +49 911 1335 1213, christian.seitz@nuernberg.ihk.de)

Veranstaltungsübersicht



Aktuelle Veranstaltungen aus dem Geschäftsbereich Innovation | Umwelt

- [IHK-Webinar: Capture-the-flag-Wettbewerben](#)
online, 03.04.2023, 10:00 Uhr bis 11:00 Uhr
- [IMPULSGeber: Zukunft der automobilen Wertschöpfung in der EMN - Nürnberg](#)
20.04.2023, 15:00 bis 18:00 Uhr, IHK-Akademie Mittelfranken, Nürnberg
- **Sitzung IHK-Ausschuss "Industrie | Forschung | Technologie"** zum Thema „Industrie 4.0 - Digitale Integration und durchgängige Vernetzung der Prozesse" (geschlossener Kreis)
am 26.04.2023, 15:00 bis 17:30 Uhr, Greding
- [IHK-Webinar: Digitale Transformation für KMU: Trends im online Marketing](#)
online, 27.04.2023, 13:00 bis 14:30 Uhr
- [IMPULSGeber: Zukunft der automobilen Wertschöpfung in der EMN - Kloster Banz](#)
27.04.2023, 15:00 bis 18:00 Uhr, Kloster Banz, Bad Staffelstein
- [Energie-Scouts \(IHK\) - Qualifizierung für Azubis](#)
04.05.2023, 09:00 Uhr bis 13.07.2023, 15:00 Uhr in der IHK Nürnberg für Mittelfranken, Hauptmarkt 25/27, 90403 Nürnberg
- [IMPULSGeber: Zukunft der automobilen Wertschöpfung in der EMN - Ansbach](#)
04.05.2023, 15:00 bis 18:00 Uhr, WerkEins, Ansbach
- [Auftaktveranstaltung IHK-Anwenderclub "Wasserstoff"](#) (geschlossener Kreis)
08.05.2023, 14:00 bis 17:00 Uhr, Fraunhofer Institut für integrierte Systeme und Bauelementetechnologie (IISB), Erlangen
- [IHK-Fachforum: Lasertechnik für Hightech-Anwendungen in der Automobilzulieferindustrie](#)
23.05.2023, 14:00 bis 17:30 Uhr, Evosys Laser GmbH, Erlangen
- **gemeinsame Sitzung der IHK-Ausschüsse "Energie | Umwelt" und "Industrie | Forschung | Technologie"** zum Thema "Wege zur Klimaneutralität" (geschlossener Kreis)
27.06.2023, 14:00 bis 17:30 Uhr, Stadion Nürnberg Betriebs GmbH

- **IHK-Webinar: "Green Power Purchase Agreements - Grünstrom direkt und preissicher"**
online, 03.07.2023, 14:30 bis 16:00 Uhr
- **IHK-AnwenderClub „Wasserstoff | H2“**
11.07.2023, 12:00 bis 16:00 Uhr, Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt, Schweinfurt
- **25. Kooperationsforum Automation Valley Nordbayern - Robotik für KMU**
20.07.2023, 13:30 - 17:30 Uhr, Robotic Center JUGARD+KÜNSTNER GmbH, Altdorf

Wissenswertes aus Deutschland



10 Tempo-Thesen: Einfacher, schneller und innovativer

Seit Jahren appelliert die Wirtschaft an die Politik, Verwaltungsverfahren zu verschlanken und zu digitalisieren, Genehmigungen zu vereinfachen und zu standardisieren – insgesamt agiler zu werden. In 10 "Tempo-Thesen" zeigt die DIHK auf, wie die Politik mit den richtigen Weichenstellungen für Unternehmen und Beschäftigte einen Schub für mehr Investitionen in den Unternehmen geben kann.

Krisen prägen seit einiger Zeit unser Leben: Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben ganz konkrete Auswirkungen auf die Unternehmen – zuletzt vor allem auch die Energiepreiskrise.

Wir müssen diese (Krisen-)Welt als neue Normalität begreifen und die Veränderungen als tägliche Herausforderungen annehmen. Noch hat unser Land dafür gute Chancen. Aber wir müssen jetzt als Wirtschaft und Politik entschlossen handeln. Denn in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass unser Staat vielfach nicht hinreichend handlungsfähig ist, in jedem Fall aber nicht schnell genug. Seit Jahren appelliert die Wirtschaft an die Politik, Verwaltungsverfahren zu verschlanken und zu digitalisieren, Genehmigungen zu vereinfachen und zu standardisieren – insgesamt agiler zu werden.

Standortvorteile gehen verloren

Die Rufe sind nahezu ungehört verhallt – schleichend verlieren wir dadurch bisher für Deutschland klassische Standortvorteile: verlässliche und transparente Behörden, sichere Energieversorgung, gute Bildung, ausreichende Fachkräfte, gute Verkehrsinfrastruktur. Nun wirken die aktuellen Krisen wie ein Brennglas: Wo ein schneller Brennstoffwechsel den Unternehmen das (Über-)Leben erleichtern sollte, wartet zunächst ein langes Genehmigungsverfahren. Wo Standardprodukte – ob Fertighäuser, PV-Anlagen oder Sonstiges – ohne erforderliche Einzelgenehmigungen gleich genutzt werden könnten, bremsen weiterhin zum Teil jahrelange Verfahren. Wo sowohl Unternehmen als auch Bürger große Flexibilität zeigen, bleibt der Staat zu oft starr und unbeweglich.

Ein halbes Dutzend Windräder müssten wir jeden Tag in Deutschland aufstellen, um bei den Erneuerbaren Energien spürbare Fortschritte zu erzielen. Tatsächlich aber schaffen

wir derzeit allenfalls ein Drittel davon. Wenn wir die maroden 13.000 Autobahnbrücken weiter mit dem aktuellen Tempo von 100 pro Jahr sanieren, brechen uns wertvolle Verbindungen weg.

Damit klaffen Anspruch und Wirklichkeit bedenklich auseinander. Das erschüttert bei Unternehmen zunehmend das Vertrauen in einen funktionierenden Staat. Und es schwächt die Betriebe, die doch gerade jetzt Rückenwind durch einen schnellen Staat mit beweglichen Behörden brauchen. Nur dann können sie Arbeitsplätze und Wohlstand sichern, nur dann werden Investitionen und Unternehmensansiedlungen gelingen.

Wann, wenn nicht jetzt?

Viele Menschen beginnen das Jahr mit guten Vorsätzen und neuen Taten. Das ist zu Jahresbeginn 2023 auch für die Wirtschaftspolitik ein vorbildlicher Ansatz. Wenn nicht jetzt, wann ist dann der richtige Zeitpunkt für eine deutliche Beschleunigung unserer Reformanstrengungen?

Die Politik muss glaubwürdig über alle politischen Themenfelder hinweg zeigen, dass zur politischen Führung nicht nur Überzeugungskraft in Regierung, Partei und Medien gehört. Politische Entscheidungen müssen nicht nur nachvollziehbar sein – sie müssen auch schnell und konkret in der Praxis ankommen. Wenn Staat und Verwaltung jetzt nicht beweisen, dass sie handlungsfähig sind, geht das Vertrauen in die Politik weiter verloren – mit negativen Folgen für die wirtschaftliche Substanz unseres Landes und damit auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit den richtigen Weichenstellungen für die Unternehmen und Beschäftigten kann die Politik aber auch einen Schub für mehr Investitionen in den Unternehmen geben. Wichtig ist jetzt, sich auf die Geschwindigkeit und die Exzellenz in der praktischen Umsetzung zu konzentrieren. Statt kompliziert, umständlich und widersprüchlich sollte der neue Deutschland-Standard sein: einfach, schnell und innovativ.

Quelle: DIHK

Links

[10 Tempo-Thesen](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Ronald Künneth](#) (Tel: +49 911 1335 1297, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de)

Umgang mit Künstlicher Intelligenz: EU setzt erstmals verbindliche Regeln - "AI-Act" und "eID"

Anfang Dezember einigten sich im Rat die EU-Telekommunikationsminister auf weitere Fortschritte zwischen den Mitgliedstaaten bei Digitalthemen.

Die Minister konnten sich beim Gesetzesentwurf über Künstliche Intelligenz (AI-Act) und dem zur Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität (eID) auf eine allgemeine Ausrichtung einigen. Damit hat der Europäische Rat bei beiden Dossiers seine

Position für die Trilogverhandlungen festgelegt.

Bei beiden Dossiers, AI-Act und eID, können damit die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen, sobald dort eine Einigung erfolgt. Besonders mit Blick auf den AI-Act ist es aktuell jedoch fraglich, wie zeitnah ein Kompromiss im Parlament erreicht werden kann, da die Verhandlungen auf technischer Ebene weiterhin andauern und noch nicht alle Kernthemen diskutiert wurden, die unter anderem auch das sichere Teilen von Unternehmensdaten betreffen.

Die Arbeit am Data Act brachte inhaltlich an vielen Stellen Fortschritte, die in einem Fortschrittsbericht beschlossen wurden. Unter der tschechischen Ratspräsidentschaft wurden im Juli und Oktober zwei vollständige Kompromissvorschläge erarbeitet, in denen versucht wurde, Einigungen zu zentralen Fragen wie Definitionen, dem Zusammenspiel mit sektoraler Gesetzgebung, der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen und den B2G-Regelungen. Die Beratungen werden nun unter der nachfolgenden schwedischen Ratspräsidentschaft fortgesetzt, die eine allgemeine Ausrichtung anstreben dürfte. Im Parlament wird zeitgleich auch noch an einer Position gearbeitet, sodass mit dem Beginn der Trilogverhandlungen frühestens Ende des zweiten Quartals 2023 zu rechnen ist.

Ebenso wurde über die Fortschritte bei dem im September 2022 vorgestellten Cyber Resilience Act Bilanz gezogen, der mit seinen Vorschriften neue Anforderungen an die Cybersicherheit von Produkten mit digitalen Elementen bringen soll.

Quelle: DIHK

Links

[Eine Übersicht über die erzielten Fortschritte bei allen weiteren Themen finden Sie unter](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Ronald Künneth](#) (Tel: +49 911 1335 1297, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de)

Mittelstand besorgt über Besserstellungsverbot bei Forschungsprojekten

Der forschende Mittelstand in Deutschland blickt mit Sorge auf die wachsenden Hürden, die die zunehmend strikte Auslegung des sogenannten Besserstellungsverbot bei der Rekrutierung und Weiterbeschäftigung von Spitzenforscherinnen und -forschern aufbaut.

Das "Besserstellungsverbot" aus dem Haushaltsgesetz besagt, dass überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Organisationen ihre Mitarbeitenden nicht besser bezahlen dürfen als vergleichbare Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst. Ausnahmen müssen die Projektträger vom Bundesfinanzministerium gesondert genehmigen lassen.

Dem stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks bereitet die Entwicklung Unbehagen: "Mit der Deckelung von Forschergehältern auf das Niveau des öffentlichen Dienstes drohen geförderten Einrichtungen erhebliche Wettbewerbsnachteile", warnt er. Dies gelte "für die privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen selbst, für die mit ihnen verbundenen Betriebe aus dem Mittelstand und damit auch für den Forschungsstandort Deutschland insgesamt".

Eine national und international konkurrenzfähige Bezahlung in diesen Instituten sei für die forschungsintensiven mittelständischen Unternehmen von zentraler Bedeutung, so Dercks. Er verweist auf den DIHK-Innovationsreport, dem zufolge jedes fünfte Unternehmen Schwierigkeiten hat, geeignete Kooperationspartner in der Wissenschaft zu finden. "Umso wichtiger ist es, die vielerorts enge Kooperation zwischen privatwirtschaftlich organisierten Forschungseinrichtungen und Mittelständlern zu erhalten."

Partnerschaften akut gefährdet

In vielen Regionen sei "aktuell allerdings die Sorge groß, dass diese Partnerschaften akut gefährdet sind", berichtet der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer. Der Auslöser: Das Bundeswirtschaftsministerium lege das Besserstellungsverbot derzeit "so eng aus, dass es nicht mehr nur für die Projektbeschäftigten gelten soll, sondern für alle Mitarbeitenden – insbesondere auch für Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher", kritisiert er. "Damit aber werden die privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen im Wettbewerb um die besten Köpfe deutlich geschwächt. Wenn der Forschungselite künftig keine marktgerechten Gehälter bezahlt werden können, droht die Abwanderung der besten Köpfe."

Klarstellung im Haushaltsgesetz der einfachste Weg

Der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer erinnert daran, dass es die neuen Ideen und Produkte der vielen Weltmarktführer aus dem Mittelstand ("Hidden Champions") sind, die Deutschlands Wirtschaft stark machen. "Damit das so bleibt, brauchen die Unternehmen auch künftig Forschung und Entwicklung, was ohne Forscherinnen und Forscher undenkbar ist."

Diese Aufgabe könnten die staatlichen Forschungseinrichtungen nicht allein bewältigen, gibt Dercks zu bedenken. "Daher wäre es wichtig, auch die privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen zu stärken. Im Falle des Besserstellungsverbots wäre der einfachste Weg eine Klarstellung im Bundeshaushaltsgesetz. Dabei könnte man entweder die industrienahen Forschungseinrichtungen von dem Verbot ausnehmen oder klarstellen, dass es nur für die Mitarbeiter in den geförderten Projekten anwendbar ist."

Quelle: DIHK

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](mailto:Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Steuerliche Forschungszulage

Kostenloses Webinar- So erhalten Sie Förderung für Ihre FuE-Projekte

Führen Sie aktuell Projekte im Bereich Forschung- und Entwicklung (FuE) durch, haben kürzlich derartige Projekte abgeschlossen oder planen welche für die Zukunft? Egal, ob

Sie selbst forschen oder Forschungsaufträge extern vergeben, womöglich dürfen Sie sich auf eine Erstattung für einen Anteil Ihrer Ausgaben freuen. Durch die steuerliche Forschungszulage können Forschungs- und Entwicklungsausgaben gefördert werden, die seit dem 1.1.2020 getätigt werden. Das Besondere: Selbst für bereits abgeschlossene und laufende Projekte kann die Förderung noch beantragt werden.

Quelle: IHK Berlin

Links

[Anmeldung zum Webinar](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

KOINNOvationsplatz gestartet

Neue Plattform für öffentliche Auftraggeber und innovative Unternehmen

Innovative Unternehmen und auch Start-Ups können auf der Plattform "KOINNOvationsplatz" potenziellen öffentlichen Auftraggebern ihre Innovationen digital darstellen. Die Plattform soll ein Bindeglied zwischen der öffentlichen Hand und innovativen Anbietern werden. Dabei soll sowohl das Ziel erreicht werden, die öffentliche Verwaltung innovativer zu gestalten, als auch mehr innovative KMU und Start-Ups als Auftragnehmer zu gewinnen und somit innovativere und effizientere Lösungen für die Bedarfe der öffentlichen Hand zu erhalten.

Quelle: BMWK

Links

[Hier erfahren Sie mehr](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Absturz der deutschen Wirtschaft abgewendet - Hauptrisiken bleiben

DIHK-Konjunkturumfrage zeigt aber noch keine Entwarnung. Deutschlands Unternehmen erwarten im laufenden Jahr überwiegend Stagnation und Seitwärtsbewegung. Das ist das Ergebnis der bundesweiten IHK-Konjunkturumfrage unter rund 27.000 Betrieben aus allen Branchen und Regionen, die DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben am 9. Februar in Berlin vorgestellt hat.

Im Vergleich zur DIHK-Konjunkturumfrage vom vergangenen Herbst, als mit nur 8 Prozent Optimisten der bisherige Tiefststand bei den Geschäftserwartungen gemessen worden ist, rechnen nun doppelt so viele Unternehmen (16 Prozent) mit besseren Geschäften in den nächsten zwölf Monaten. Allerdings bleibt die Zahl der Pessimisten, die im gleichen Zeitraum schlechtere Geschäfte erwarten, mit 30 Prozent (zuvor 52 Prozent) der Unternehmen weiter deutlich höher. Mit minus 14 Punkten bewegt sich der

Saldo der Geschäftserwartung immer noch deutlich im negativen Bereich und damit weit unter dem langjährigen Schnitt von (plus) 5 Punkten.

"Die gute Nachricht ist, dass die deutsche Wirtschaft einen drohenden Absturz abwenden konnte", bewertet DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben die Ergebnisse. "Das hat sicher auch mit den seitdem verkündeten und zum Jahreswechsel aufgesetzten Energiepreisbremsen zu tun. Damit hat sich einiges beruhigt, aber noch nichts belebt. Statt tiefer Rezession erwartet uns in diesem Jahr eher eine Seitwärtsbewegung und unterm Strich eine rote Null."

Noch immer bewerten drei von vier Unternehmen im Durchschnitt aller Branchen die hohen Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Insbesondere in der Industrie ist dieser Wert mit 85 Prozent weiterhin sehr hoch. "Für viele Betriebe war der Umgang mit dem enormen Preissprung im vergangenen Jahr ein Überlebenskampf", so Wansleben. "Jetzt können sie wieder besser planen, wenn auch auf einem deutlich höheren Kostenniveau. Damit kommen die Margen und die Investitionsmöglichkeiten unter Druck."

So wollen in den kommenden zwölf Monaten 27 Prozent der Betriebe mehr investieren – im Vergleich zum Herbst ist das ein schwaches Plus von 3 Prozentpunkten. Mit 26 Prozent wollen im gleichen Zeitraum fast ebenso viele ihre Investitionen zurückfahren. Ein Fünftel der Betriebe gibt zudem an, geplante Investitionen aufgrund der Kostenbelastung zurückzustellen.

Wansleben: "Nur wenn die Investitionen stärker anziehen, kann sich ein selbsttragender Aufschwung einstellen. Dafür müssen insbesondere in Deutschland und Europa die Rahmenbedingungen stimmen. Aktuell haben die Ausrüstungsinvestitionen nicht einmal das Vorkrisenniveau erreicht. Diese Investitionslücke bereitet uns große Sorgen." Unternehmen, die aktuell investierten, versuchten vor allem, den Status quo zu halten. "Leider müssen sie bei Erweiterungsinvestitionen auf die Bremse treten."

In diesem Zusammenhang weist der DIHK-Hauptgeschäftsführer auch darauf hin, dass knapp ein Fünftel der Unternehmen einen Rückgang des Eigenkapitals beklagt. "Damit drohen Finanzierungsschwierigkeiten, die ihrerseits die Investitionsmöglichkeiten einschränken können."

Mehr politischer Rückenwind nötig

Neben den Energie- und Rohstoffkosten bewerten jeweils mehr als die Hälfte der Unternehmen den anhaltenden Fachkräftemangel sowie die letztlich auch damit verbundenen steigenden Arbeitskosten als relevantes Geschäftsrisiko. "Es ist klar, dass bei der Suche nach neuen Mitarbeitenden die Unternehmen zuallererst selbst gefordert sind", so Wansleben. "Die Beschäftigungsabsichten sind denn auch im Vergleich zur Gesamtsituation recht expansiv. Die Unternehmen können allerdings nicht die demografische Entwicklung aushebeln. Deswegen brauchen wir bei der Fachkräftegewinnung mehr politischen Rückenwind." Den wünschten sich die Unternehmen auch in vielen anderen Bereichen.

"Wie selten zuvor haben wir Tausende von Freitextantworten erhalten. Noch öfter als die Begriffe Energie, Inflation, Krieg, Fachkräftemangel oder Lieferkette fällt dort das Wort Bürokratie", berichtet der DIHK-Hauptgeschäftsführer. "Die Botschaft ist eindeutig: Deutschland und Europa müssen endlich schneller werden. Deshalb ist es gut, dass es mit den LNG-Terminals so schnell geht. Das muss jetzt zum 'German Standard' werden, ob bei Infrastruktur, Verwaltung oder beim Ausbau der erneuerbaren Energien – und wenn Unternehmen investieren wollen."

Leichte Verbesserung bei der Geschäftslage

Eine Stabilisierung zeigt sich bei der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage. Wegen des bisher glimpflichen Verlaufs der Krise und der staatlichen Stützungsmaßnahmen gab es erfreulicherweise keinen Einbruch, wie er noch im Herbst zu befürchten war. Über alle Branchen hinweg bewertet rund ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) seine Geschäftslage zu Jahresbeginn als gut. Das sind 2 Prozentpunkte mehr als in der Vorumfrage im Herbst.

Hingegen sinkt der Anteil der Unternehmen, die von einer schlechten Geschäftslage berichten, leicht auf 15 Prozent (zuvor 19 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen verbessert sich damit im Vergleich zum Herbst von 13 auf 19 Punkte. Besonders die Industrieunternehmen können von einer einsetzenden Entspannung im Lieferverkehr profitieren und die noch hohen Auftragsbestände abarbeiten. 36 Prozent der Industriebetriebe schätzen die Lage als gut ein (gegenüber 33 Prozent in der Herbstumfrage) und 15 Prozent als schlecht (Herbst: 19 Prozent).

Energie- und Rohstoffpreise bleiben Hauptrisiko

Aufgrund der Preisberuhigung an den Energiemärkten, der hohen Füllstände in den Gasspeichern und damit dem Ausbleiben einer Gasmangellage schätzen die Unternehmen das Risiko der Energie- und Rohstoffkosten als etwas weniger wichtig ein. Es bleibt aber mit 72 Prozent deutlich das Hauptrisiko (Herbstumfrage: 82 Prozent).

Selbst in der aktuellen Krise ist aus Sicht der befragten Betriebe der Fachkräftemangel das zweitgrößte Geschäftsrisiko. Drei von fünf Unternehmen (60 Prozent) fürchten einen Personalmangel. In der Industrie erreicht der Fachkräftemangel mit 61 Prozent einen neuen Höchstwert. Und auch andere Risiken wie Arbeitskosten (49 Prozent), Inlandsnachfrage (48 Prozent) oder wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (41 Prozent) werden von den Unternehmen deutlich häufiger als Geschäftsrisiken genannt als noch vor der Corona-Pandemie.

Investitionsplanungen weiter zurückhaltend

Die Investitionsabsichten der Unternehmen bleiben weiter vorsichtig. Zwar gibt es auch hier eine leichte Verbesserung gegenüber der Herbstumfrage, insbesondere wollen nun weniger Betriebe ihre Investitionen zurückfahren (26 statt 34 Prozent). Dennoch wirken sich die immer noch schwachen Geschäftsaussichten auch auf die Investitionspläne aus. Zudem sind die Budgets vieler Betriebe nach wie vor durch hohe Energie-, Material-, Arbeits- und neuerdings auch Fremdkapitalkosten belastet. Ein Fünftel aller Unternehmen muss aufgrund der hohen Kostenbelastung Investitionen zurückstellen.

Mit steigenden Investitionen in den kommenden zwölf Monaten rechnen mit 27 Prozent nur geringfügig mehr Betriebe als im Herbst (24 Prozent).

Quelle: DIHK

Links

[Die Gesamtumfrage gibt hier zum download \(pdf, 1 MB\)](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Kompass veröffentlicht - Analyse der Transferaktivitäten von Hochschulen

Die Bedeutung des Transfers von Wissen aus den Hochschulen in die Anwendung hat in den letzten Jahren zugenommen. Transferaufgaben sind inzwischen nach Lehre und Forschung zur dritten Säule geworden.

Dennoch bestehen weiterhin Herausforderungen für den Transfer an den Hochschulen, beispielsweise bei der langfristigen Finanzierung von Personalstellen und der Nutzung vielfältiger Transferwege. Das sind Ergebnisse des "Transferkompass" - einer Studie, die der Stifterverband mit Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) durchgeführt hat.

Links

[Seite Stifterverband mit Download](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Save-the-Date: Innovationstag Mittelstand des BMWK

Am 15. Juni 2023 lädt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) wieder zum Innovationstag Mittelstand ein. Bei dem Open-Air Event präsentieren rund 300 Aussteller die Ergebnisse ihrer geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die für den Ideenreichtum des innovativen Mittelstands stehen.

Unter dem Motto „Wandel durch Innovationen“ präsentieren rund 300 Aussteller die Ergebnisse ihrer geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die für den Ideenreichtum und die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen stehen. Fokussiert werden in 2023 besonders solche Projekte, die die prominenten Themenfelder Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Digitales sowie Gesundheit berühren:

Wie kann der Mittelstand notwendige Transformationsprozesse – insbesondere in Krisenzeiten – mitgestalten?

Quelle: BMWK

Links

[mehr erfahren über den Innovationstag](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

BMWK setzt Industrieforschung für den Mittelstand fort

Die neue Förderrichtlinie „Innovationskompetenz mit gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen“ (INNO-KOM) ist in Kraft getreten. Die ebenfalls weiterentwickelte Förderrichtlinie „Industrielle Gemeinschaftsforschung“ (IGF) gilt bereits seit 1. Januar. 2023 stehen für die IGF 190 Millionen Euro und für INNO-KOM 80 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung, Michael Kellner: „Mit unserer Förderung wollen wir Innovationen im Mittelstand anstoßen und in den Markt bringen. Mit IGF und INNO-KOM haben wir hier zwei bewährte Förderprogramme, die wir jetzt modernisiert haben, um noch mehr Innovationen hervorzubringen und die ökologische Transformation der KMU zu unterstützen. Wir brauchen weitreichende Innovationen, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Unsere KMU können und sollten hierfür die Ergebnisse unserer Industrieforschung weiterhin umfassend nutzen.“

Beide Programme – INNO-KOM und IGF – sind im Innovationszyklus im vorwettbewerblichen Bereich verortet: Die Ergebnisse der geförderten Forschungsvorhaben werden veröffentlicht, diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt und regelmäßig von einer Vielzahl an Unternehmen genutzt. So haben beide Programme eine große Hebelwirkung.

Die neuen Richtlinien enthalten insbesondere folgende Neuerungen:

Förderrichtlinie INNO-KOM:

- Forschungsvorhaben, die zur Dekarbonisierung, zum Klimaschutz, der Ressourceneffizienz oder zur Nachhaltigkeit in strukturschwachen Regionen beitragen, haben bei gleicher Qualität Vorrang.

Förderrichtlinie IGF:

- Der Kreis der Antragsberechtigten für IGF-Fördermittel wird geöffnet. Das heißt: Ab 1. Januar 2024 können sich, über die derzeit Antragsberechtigten 100 Forschungsvereinigungen hinaus, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ e.V. (AiF) sein müssen, auch andere wirtschaftsgetragene Forschungsvereinigungen für das Programm autorisieren lassen. Hierzu müssen sie die in der Anlage zur Richtlinie konkret beschriebenen hohen Qualitätsstandards erfüllen, wie im Übrigen die bisher Antragsberechtigten Forschungsvereinigungen bis 1. Januar 2026 auch.

- Es wurden Zuwendungsobergrenzen für Antragsteller festgelegt.
- Die Höhe des Eigenanteils der Wirtschaft wurde in die Richtlinie aufgenommen.
- Die Administration übernimmt ab 2024 ein nach öffentlicher Ausschreibung ausgewählter Projektträger, der beliehen werden soll.

Quelle: BMWK

Links

[Artikel BMWK](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Aktuelle Ausschreibungen und Veröffentlichungen 2023

Aktuelle Informationen über Förderprogramme und -bekanntmachungen sowie ihre Bewerbungstermine finden Sie [hier](#).

BMWK: Broschüre - Schlaglichter der Wirtschaftspolitik - Ausgabe März 2023

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Zahl des Monats Februar

Zahl des Monats Februar ist 11.

11 Prozent aller von 2011 bis 2020 erteilten Wasserstoffpatente stammen aus Deutschland. Nach einer Analyse des Europäischen Patentamts (EPA) und der Internationalen Energieagentur (IEA) sind Japan und Europa führend in der weltweiten Patentierung von Wasserstofftechnologien. Japan sicherte sich demnach mit 24 Prozent den Spitzenrang.

Quelle: Europäischen Patentamts (EPA) | Internationalen Energieagentur (IEA)

Links

[hier gehts zur Analyse der Wasserstoffpatente](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Wissenswertes aus der EU | Internationales



EU-Kommission legt Regeln für erneuerbaren Wasserstoff vor

Planungssicherheit für lang verzögerte Wasserstoffprojekte. Am 7. Februar hat die EU-Kommission den lang erwarteten delegierten Rechtsakt vorgelegt, in dem die Kriterien

für erneuerbaren Wasserstoff zukünftig definiert werden sollen.

Der Rechtsakt ist Teil der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, die sich aktuell in den Trilogverhandlungen befindet, die zuletzt aufgrund der fehlenden vorliegenden Kriterien ausgesetzt wurden. Mit dem Beschluss können nun lang verzögerte Wasserstoffprojekte weiter vorangetrieben werden.

Für erneuerbaren Wasserstoff beziehungsweise erneuerbare Kraftstoffe nicht-biologischen Ursprungs (RFNBOs) hat die EU-Kommission unterschiedliche Produktionskriterien aufgestellt. Diese gelten weiterhin als erreicht, wenn der durchschnittliche Anteil erneuerbarer Energien (EE) im Stromsektor in der jeweiligen Gebotszone bei über 90 Prozent liegt. Nach Einschätzung der DIHK liegt dieses Ziel für die meisten EU-Staaten auch perspektivisch in weiter Ferne.

Neu hinzugekommen ist, dass die Kriterien ebenfalls erfüllt werden, wenn die Emissionsintensität in einer Gebotszone unter 18g CO₂eq/MJ liegt (Deutschland hatte 2020 99,3g CO₂eq/MJ). Dies würde insbesondere Staaten mit einem hohen Anteil an Wasserkraft zugutekommen. Die alten Wasserkraftanlagen könnten nämlich weiterhin genutzt werden, ohne dass neue EE-Anlagen gebaut werden müssten. Durch die geringere Wetterabhängigkeit im Vergleich zu Wind- und Solar-Anlagen, könnten stabilere Produktionsbedingungen für Wasserstoff gelten.

Sind die Kriterien in der Stromgebotszone nicht erfüllt, wird der produzierte Wasserstoff auch als erneuerbar betrachtet, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind. Diese sind nun wie folgt ausgestaltet:

- 1.** Die Frist für das Additionalitätskriterium wurde verlängert: Eine EE-Anlage darf ab dem 1. Januar 2028 nicht älter als 36 Monate sein, bevor sie für die Wasserstoffproduktion im Rahmen eines PPA genutzt werden kann. Außerdem darf die Anlage keine operative Hilfe, noch eine Investmenthilfe erhalten. Hervorzuheben ist die Übergangsregelung, bei der EE-Anlagen, die vor Ende 2027 gebaut wurden, weitere 10 Jahre von dieser Regelung ausgenommen sind. Im Vergleich zum vorherigen Entwurf können so nun die Vorlaufzeiten für große Elektrolyseur-Projekte und die dazu gehörige Infrastruktur besser abgedeckt werden.
- 2.** Gleiches trifft auf die Verlängerung der Frist für das Zeitkriterium zu: Der Wasserstoff und der Strom aus der EE-Anlage, mit der es ein PPA gibt, können nun bis Ende 2029 im selben Monat produziert werden. Erst ab 2030 greift die Stundenregelung. Fraglich ist die Auswirkung der neu geschaffenen Option, dass Mitgliedstaaten diese Regel schon ab 2027 einführen können. Dies könnte zu einem europäischen Flickenteppich führen. Gleichzeitig könnten Streitigkeiten bei innereuropäischen Im- und Exporten auftreten.
- 3.** Das geografische Kriterium bleibt in der delegierten Verordnung unverändert: Die Wasserstoff-Produktionsanlage muss weiterhin in derselben Gebotszone sein wie die EE-Anlage. Ausgenommen sind verbundene Gebotszonen, in denen der Strompreis höher oder gleich hoch ist wie in der Gebotszone, in der die Produktion für Wasserstoff stattfindet. Ausnahmen gibt es für Offshore-Anlagen. Die Mitgliedstaaten können zudem weitere Kriterien für den Standort der EE-Anlagen und der Wasserstoff-Produktion

festlegen. Dies darf jedoch keinen negativen Einfluss auf den Strommarkt haben. Auch hier stellen sich die gleichen Fragen und Bedenken wie bei dem Zeitkriterium.

Im gleichen Zuge hat die EU-Kommission ebenfalls eine delegierte Verordnung über einen Mindestschwellenwert für Treibhausgas-Einsparungen durch wiederverwendete kohlenstoffhaltige Brennstoffe beschlossen. Dieser enthält eine Methode zur Berechnung der Lebenszyklustreibhausgasemissionen für RFNBOs. Die Methode berücksichtigt die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus der Kraftstoffe, einschließlich der vorgelagerten Emissionen, der Emissionen im Zusammenhang mit der Entnahme von Strom aus dem Netz, der Verarbeitung und der Emissionen im Zusammenhang mit dem Transport dieser Kraftstoffe zum Endverbraucher.

Nach der Verabschiedung der EU-Kommission werden die Rechtsakte nun an das Europäische Parlament und den Rat weitergeleitet, die zwei Monate Zeit haben sie zu prüfen und die Vorschläge entweder anzunehmen oder abzulehnen. Auf ihren Antrag hin kann der Prüfungszeitraum um weitere zwei Monate verlängert werden. Das Parlament und der Rat haben keine Möglichkeit, die Vorschläge zu ändern.

Quelle: DIHK

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](mailto:Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

EU verlängert Übergangsfristen für Medizinprodukte

Gute Nachrichten für die Hersteller – und Anwender – von Medizinprodukten: Nach dem Europäischen Parlament hat am 7. März nun auch der Rat den Vorschlag der EU-Kommission angenommen, die Übergangsfristen für die Re-Zertifizierung in der europäischen Medizinprodukteverordnung zu verlängern und "Abverkaufsfristen" zu streichen.

Die Änderungsverordnung zur "Medical Device Regulation" (MDR) tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Sie sieht vor, dass die Übergangsfrist für die Re-Zertifizierung von Bestandsprodukten in der seit dem 26. Mai 2021 verbindlichen MDR-Verordnung nicht wie geplant am 26. Mai 2024 ausläuft, sondern erst Ende 2027 (für Produkt mit höherem Risiko) beziehungsweise Ende 2028 (für Produkte mit mittlerem bis geringem Risiko). Diese Verlängerung ist allerdings an bestimmte Voraussetzungen geknüpft.

Betroffen sind beispielsweise chirurgische Instrumente, medizinische Software, Endoskope, Geräte für die Intensivmedizin, aber auch Nischenprodukte wie Baby-Stents oder Radiofrequenz-Perforationskatheter für verklebte Herzklappen bei Neugeborenen.

Die MDR verschärft hierfür die rechtlichen Vorgaben erheblich, gleichzeitig ergeben sich enorme praktische Umsetzungsprobleme für die Unternehmen. Schon jetzt wurden wichtige Produkte vom Markt genommen, andere drohten spätestens zum Ende des Übergangszeitraumes zu verschwinden. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer

hatte sich deshalb mehrfach für eine Fristverlängerung bestehender Zertifikate ausgesprochen, zuletzt am 8. Dezember 2022.

Atempause, aber weitere Maßnahmen nötig

Mit der Neuregelung erhalten nun alle Akteure mehr Zeit zur Auflösung der bestehenden Engpässe. Auch die Abschaffung der Abverkaufsfristen ist wichtig, um die unnötige Vernichtung bereits produzierter sicherer Medizinprodukte zu verhindern.

Viele weitere Probleme werden durch die Änderungen allerdings nicht behoben. Deshalb müssen zusätzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um auch zukünftig eine wettbewerbsfähige und innovative europäische Medizintechnikindustrie sicherzustellen.

So hat die Kommission weitere Aktivitäten angekündigt, die nun ebenfalls zügig angegangen werden müssen – beispielsweise mehr Unterstützung von kleineren und mittleren Betrieben. Die hohen Bürokratie- und Kostenbelastungen sind gerade für die vielen Mittelständler der Branche besondere Hürden. Sie verfügen in der Regel nur über begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen. Zudem wird die Entwicklung von innovativen Nischenprodukten aufgrund des zusätzlichen Aufwandes oft unrentabel.

Betriebe weichen in die USA oder nach Asien aus

So hat eine gemeinsame Befragung der DIHK, der MedicalMountains GmbH und des Industrieverbandes Spectaris gezeigt, dass fast jeder zweite Betrieb Innovationsprojekte gestoppt hat – im Bereich der Pädiatrie sind es sogar mehr als zwei Drittel der Unternehmen. Ein Fünftel der Unternehmen weicht bei der Erstzulassung ihrer medizintechnischen Innovationen auf andere Märkte wie etwa die USA oder Asien aus. Dies hat negative Auswirkungen auf die klinische Forschung und Entwicklung in Europa, da in der Folge klinische Datenerhebungen und Studien ebenfalls in die Länder der Erstzulassung verlagert werden.

Hinzu kommen praktische Probleme: Für die Überführung von Bestandsprodukten in die MDR fehlen vielfach Ärzte für erforderliche klinische Prüfungen, andernorts verhindern Negativ-Bescheide der Ethik-Kommission diese Prüfungen.

Vorschriften vereinfachen, Evaluation vorziehen

Ein erster wichtiger Schritt wäre nun, die Vorschläge der Medical Device Coordination Group (MDCG 2022-14) zügig, rechtssicher und verbindlich umzusetzen. Soweit nicht die Qualität und Sicherheit der Produkte betroffen sind, sollten Vorschriften insgesamt vereinfacht werden. Zum Beispiel bringen die komplexen MDCG-Guidelines in ihrer Vielzahl oft keine praktische Hilfestellung, sondern weitere Rechtsunsicherheiten in der Umsetzung.

Zudem sind dringend Lösungen gerade für kleine und mittlere Betriebe nötig, die trotz großer Bemühungen keine "Benannte Stelle" finden, wie sie für die Zulassung ihrer Innovationen erforderlich wäre.

Und nicht zuletzt ist es aus Sicht der Unternehmen unbedingt erforderlich, dass die EU-

Kommission die geplante Evaluation des Rechtsrahmens gegenüber dem geplanten Termin 2027 deutlich vorzieht und die gesamte Verordnung so schnell wie möglich auf den Prüfstand stellt. Denn negative Auswirkungen sind bereits heute spürbar.

Quelle: DIHK

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](mailto:elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

DIHK für europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen

Die DIHK hat eine Stellungnahme veröffentlicht mit der sie sich mit Hinweisen aus Sicht der deutschen gewerblichen Wirtschaft in die Ausgestaltung des aktuell für den 8. März geplanten Vorschlags der EU-Kommission für ein Gesetz zu kritischen Rohstoffen (Critical Raw Materials Act) einbringen möchte.

Die Initiative der EU-Kommission geht auf eine festgestellte hohe Abhängigkeit der EU von Rohstoffen aus dem Ausland und insbesondere der Konzentration der Abhängigkeit auf wenige Lieferantenländer zurück. DIHK-Umfragen belegen, dass die Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen gegenwärtig nicht uneingeschränkt gewährleistet ist. Entsprechend ist es aus Sicht der deutschen gewerblichen Wirtschaft grundsätzlich gut, dass die EU-Kommission ein Gesetz für kritische Rohstoffe vorschlagen will, um zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit von Rohstoffen treffen zu können.

Eine europäische Bündelung der Ressourcen ist aus Sicht der Wirtschaft empfehlenswert, um die Rohstoffversorgung der Unternehmen zu sichern. Die Erhöhung der Sicherheit der Versorgung mit Rohstoffen durch strategische Rohstoffprojekte in der EU oder in für die Rohstoffversorgung der EU wichtigen Partnerländern wird von der gewerblichen Wirtschaft befürwortet. Sowohl die verstärkte Erschließung von Rohstoffen innerhalb der EU als auch Rohstoffpartnerschaften mit anderen Ländern werden von Unternehmen ausdrücklich als positive Lösungsansätze genannt.

Trotz seiner Bedeutung für größere strategische Unabhängigkeit steht der Bergbau in Deutschland vor immer höheren Hürden und Barrieren durch die kontinuierliche Verschärfung und Bürokratisierung von Genehmigungsverfahren, durch fehlende Technologieoffenheit bis hin zu Verboten und einer stetigen Ausweitung anspruchsvoller, komplexer Umweltauflagen sowie durch eine systematische Verschlechterung der Akzeptanz des heimischen Rohstoffabbaus in der Bevölkerung. Diese Punkte gilt es in einem europäischen Gesetz für kritische Rohstoffe ebenfalls zu berücksichtigen. Die Erschließung von Rohstoffen innerhalb der EU kann beispielsweise durch Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren und Beschleunigungsmaßnahmen ermöglicht werden. Außerhalb der EU können die deutschen Auslandshandelskammern in Partnerländern vor Ort einen Beitrag leisten, um Projekte zur Rohstoffgewinnung für die EU zu vermitteln und zu unterstützen.

Die gewerbliche Wirtschaft sieht in der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft große

Chancen für mehr Ressourceneffizienz und die Versorgungssicherheit von Rohstoffen. So könnten viele Produkte besser recycelt, mehr wertvolle Sekundärrohstoffe erfasst oder die Nachfrage nach Recyclingprodukten gesteigert werden. Allerdings stehen dem Einsatz von Sekundärrohstoffen in vielen Bereichen rechtliche Hindernisse oder Akzeptanzprobleme entgegen. Gleichzeitig gaben jedoch nur sehr wenige Unternehmen an, gegenwärtig in Recycling- oder Kreislaufverfahren zu investieren. Dies zeigt, dass Anreizmechanismen für Unternehmen ein sinnvoller Ansatzpunkt für die Politik sein könnten.

Quelle DIHK

Links

[Die DIHK Stellungnahme kann hier heruntergeladen werden](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Europäische Kommission stellt neue Studie über EU-finanzierte Forschung vor

Maßgebliche Steigerung marktreifer Innovationen und patentierter Erfindungen. Mehr als 40 Prozent der vom Europäischen Forschungsrat (ERC) finanzierten Projekte führten zu Forschungsergebnissen, die anschließend in Patenten zitiert wurden. So das Ergebnis der am 19. Januar 2023 veröffentlichten Studie. Demnach haben EU-Investitionen in Pionierforschung einen erheblichen Einfluss auf die Innovationslandschaft und Entwicklung neuer Technologien in Europa.

Die Studie basiert auf Daten von 6.671 ERC-geförderten Projekten aus allen wissenschaftlichen Bereichen, einschließlich aller von 2007 bis 2016 geförderten Projekte. Dabei konzentrierten sich Patente mit Verbindungen zu ERC-finanzierter Forschung auf bestimmte Technologiebereiche. Anmeldungen in den Bereichen Biotechnologie, Pharmazeutika, Computertechnologie, organische Feinchemie, Messtechnik und Halbleiter machten zusammen 68,2 Prozent der gesamten Patente aus.

Am erfolgreichsten waren dabei Projekte in den Biowissenschaften (61 Prozent der Projekte in diesem Bereich werden in Patentanmeldungen zitiert), gefolgt von Projekten in den Natur- und Ingenieurwissenschaften (46 Prozent).

Darüber hinaus zeigt die Analyse, dass sich die vom ERC geförderte Forschung ebenfalls positiv auf Technologiebereiche auswirkt, deren Entwicklung für die Bewältigung des Klimawandels und die optimale Nutzung des digitalen Wandels entscheidend ist.

Innovationsradar macht 10.000 EU-geförderte Innovationen für Investoren zugänglich

Das Innovationsradar ist eine Initiative der Europäischen Kommission zur Sammlung und Identifizierung EU-finanzierter Innovationen mit Marktpotenzial. Ziel ist es, die bisweilen über 10.000 Innovationen aus Wissenschaft und Technik, Unternehmern und Investoren

leichter zugänglich zu machen und damit ihr Geschäftspotenzial zu steigern. Hierbei wird die Bedeutung von Forschung und Innovation als treibende Kraft für eine leistungsstarke und wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft betont, die die nächste Generation von EU-Industriechampions mit globalem Standing hervorbringen kann.

Die Analysen der Projekte, deren Veröffentlichungen in Patentdokumenten stark zitiert wurden, ergab, dass das aus der vom ERC finanzierten Forschung stammende Wissen besonders wertvoll für die Anregung späterer technologischer Entwicklungen war. Ein Beispiel für solch eine erfolgreiche marktreife Innovationsförderung in Deutschland ist das Ulmer Startup NVision, das mit dem Preis „Innovationsradar 2022“ ausgezeichnet wurde. NVision hatte den Preis für seinen Beitrag erhalten, mit Hilfe der Quantentechnologie die Möglichkeiten der MRT bei Krebsbehandlungen in frühen Stadien erheblich zu verbessern. Dabei wurde das Startup vom Europäischen Innovationsrat im Rahmen des MetaboliQs-Projekts gefördert. Mit Hilfe des EU-Verbundprojekts MetaboliQs konnten Durchbrüche in der Quanten-Mikroskopie für die Analyse von Stoffwechselprozessen erzielt werden.

Quelle: DIHK

Links

[Weitere Informationen auf der Webseite EU-Kommission](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Impressum



Verantwortlich (V. i . S. d. P.) :

Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken

Hauptmarkt 25-27

90403 Nürnberg

www.ihk-nuernberg.de

Dr. Robert Schmidt

Leiter Geschäftsbereich Innovation | Umwelt

Telefon: 0911 1335-1299

Telefax: 0911 1335-41299

E-Mail: giu@nuernberg.ihk.de

Redaktionsteam Innovation | Umwelt:

IHK Nürnberg für Mittelfranken: Dr. Elfriede Eberl, Tina Götz, Dr. Robert Schmidt

Beiträge unter den Rubriken "Aktuelles aus Deutschland" und "Aktuelles aus der EU | Internationales" sind dem DIHK-Newsletter "Innovationsnachrichten" entnommen.

Redaktion: Dr. Sebastian Bolay.

Die Inhalte unseres Newsletter wurden mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Sollten uns Rechtsverletzungen bezüglich der Inhalte bekannt werden, werden wir diese Inhalte unverzüglich entfernen. Das ausführliche Impressum können Sie [hier](#) einsehen.

Rückfragen und Anregungen senden Sie bitte an giu@nuernberg.ihk.de.